

Nr. 50 (XXXIX) Allgemeine Beschlüsse zum Internationalen Rechtsschutz¹

Das Exekutiv-Komitee

- a) *bekräftigte* nochmals die vorrangige und grundlegende Bedeutung der Verantwortlichkeiten des Hohen Kommissars auf dem Gebiet des Rechtsschutzes;
- b) *erwähnte* besonders den direkten Zusammenhang zwischen den menschenrechtlichen Normen, Flüchtlingsbewegungen und Rechtsschutzproblemen;
- c) *betonte*, dass Staaten in Anbetracht der moralischen Tragweite des Rechtsschutzes für Flüchtlinge bei der Behandlung von Flüchtlingen weiterhin vom bestehenden internationalen Recht sowie von humanitären Grundsätzen und der bereits vorhandenen humanitären Praxis geleitet sein sollten;
- d) *hob* nachdrücklich die zentrale Bedeutung hervor, sich mit den zugrundeliegenden Ursachen der Flüchtlingsbewegungen zu befassen, nicht nur um neuen Flüchtlingsströmen vorzubeugen, sondern auch um die Lösung bestehender Probleme zu erleichtern;
- e) *erwähnte* den engen Zusammenhang zwischen dem internationalen Rechtsschutz von Flüchtlingen und dauerhaften Lösungen und appellierte an den Hohen Kommissar, in seinen Bemühungen fortzufahren, internationalen Schutz durch freiwillige Repatriierung, Eingliederung in Erstasylländern oder durch Umsiedlung in dritte Länder zu verwirklichen;
- f) *äußerte sich besorgt* über das Fehlen eines angemessenen internationalen Rechtsschutzes für verschiedene Flüchtlingsgruppen in mehreren Teilen

¹ Dokument Nr. 12 A (A/43/12/Add.1)

der Welt, einschließlich einer großen Zahl von Palästinensern, und gab der Hoffnung Ausdruck, dass innerhalb des Systems der Vereinten Nationen weiterhin Anstrengungen unternommen werden, um den für sie erforderlichen Schutz zu gewähren;

g) *erinnerte* an seine Beschlüsse Nr. 6 (XXVIII) und 7 (XXVIII) betreffend *non-refoulement* und Ausweisung und drückte seine große Besorgnis darüber aus, dass eine Anzahl von Staaten die grundlegenden Verbote von Ausweisung und *refoulement* häufig verletzten; es rief alle Staaten dazu auf, sich in dieser Hinsicht an ihre internationalen Verpflichtungen zu halten und eine solche Praxis umgehend einzustellen;

h) *bekräftigte* im Zusammenhang mit den andauernden Verletzungen von Recht und Sicherheit von Flüchtlingen und Asylsuchenden in verschiedenen Teilen der Welt seinen auf der 38. Sitzung gefassten Beschluss Nr. 48 (XXXVII);

i) *rief* Staaten, den Hohen Kommissar und andere Beteiligte *auf*, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass Flüchtlinge gegen willkürliche Inhaftierung und Gewalt geschützt werden;

j) *stellte fest*, dass der Genuß von grundlegenden wirtschaftlichen und sozialen Rechten, einschließlich des Rechts auf entlohnte Arbeit, unentbehrlich ist, um die wirtschaftliche Eigenständigkeit und Sicherheit von Flüchtlingsfamilien zu ermöglichen, die Menschenwürde der Betroffenen wiederherzustellen sowie um dauerhafte Lösungen für die Probleme der Flüchtlinge zu erreichen;

k) *ermutigte* alle Staaten, in denen Flüchtlinge leben, Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, durch die eine Beschäftigung von Flüchtlingen in ihren Ländern erleichtert werden könnte, sowie ihre Gesetze und Praktiken hinsichtlich bestehender Hindernisse für eine Beschäftigung von Flüchtlingen zu überprüfen und soweit wie irgend möglich zu beseitigen;

l) *betonte* den engen Zusammenhang zwischen den Problemen von Flüchtlingen und Staatenlosen und forderte die Staaten auf, aktiv Maßnahmen zugunsten von staatenlosen Personen zu prüfen und zu fördern, ein-

schließlich eines Beitritts zu dem Abkommen von 1954 über die Rechtsstellung von Staatenlosen Personen und dem Abkommen von 1961 zur Verminderung der Staatenlosigkeit, ferner die Verabschiedung von Gesetzen zum Schutze der grundlegenden Rechte von staatenlosen Personen und zur Beseitigung der Ursachen von Staatenlosigkeit zu erwägen;

m) *unterstrich* im Zusammenhang mit einer Vervollkommnung des Schutzes von Flüchtlingen die Notwendigkeit einer verstärkten Bewusstseinsbildung und Informationstätigkeit, wobei die besonderen Bedingungen in jedem der betroffenen Länder und der wertvolle Beitrag nichtstaatlicher Hilfsorganisationen in diesem wie in anderen Bereichen des Flüchtlings-schutzes berücksichtigt werden sollten;

n) *betrachtete mit Sorge* das wachsende Phänomen von Flüchtlingen und Asylsuchenden, die sich, obwohl sie in einem Lande Schutz gefunden haben, auf ungesetzliche Weise in ein anderes Land begeben, und forderte den Hohen Kommissar auf, im Sinne von Absatz j) des Beschlusses Nr. 36 (XXXVI) tätig zu werden.